

Leben und sterben lassen in Zeiten von Corona. Eine feministisch-inklusionspolitische Perspektive

ESTHER VAN LÜCK, EDDI STEINFELDT-MEHRTEIS

Wie jede Krise macht auch die Corona-Pandemie Herrschaftsverhältnisse sichtbar und verstärkt diese sogar. Neu scheint, dass feministische Analysen breitere Aufmerksamkeit erfahren. Leider werden vielfach vorrangig ausgewählte heteronormativ-weibliche Anliegen monolithisch als Hauptanliegen des Feminismus thematisiert. Wir sehen hier „the danger of a single story“ (Adichie 2009). Völlig unberücksichtigt scheint momentan in feministischen Diskursen nämlich die sogenannte Risikogruppe und die Kategorie Behinderung – erstaunlich angesichts der zentralen Gesundheitsthematik der Corona-Debatte. Wir nähern uns daher dieser Thematik aus einer queerfeministischen, be_hinderten Perspektive.

Seit Einführung der Corona-Maßnahmen im März 2020 spitzt sich eine Diskussion zu, in der – kurz gesagt – wirtschaftlicher Wohlstand und Menschenleben gegeneinander aufgerechnet werden. Viele öffentliche Debattenbeiträge argumentieren sozialdarwinistisch, denn sie implizieren, dass es wichtigeres und weniger wichtiges Leben gibt. Diese utilitaristische Verwertungslogik ist ein Kernbestandteil des Diskurses zur Risikogruppe. Seit Beginn der Maßnahmen wird wiederholt von unterschiedlicher Seite infrage gestellt, ob es richtig sei, den Großteil der Wirtschaft zum Schutz einer bedrohten Minderheit einzuschränken. In Deutschland überlegte der Politiker der Grünen Boris Palmer gar laut (Der Tagesspiegel 2020): „Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären“. Andere Beiträge thematisierten mögliche regulierende Effekte durch Viren auf die Natur, und einige Öko-Aktivist*innen sprachen in ähnlicher Weise von der ‚Krankheit Mensch‘ und der heilenden Wirkung durch Corona. Needless to say: Niemand der Diskutierenden möchte sich gern freiwillig opfern, um die Wirtschaft oder die Natur zu retten. Sterben müssen zum Glück immer die anderen.

Zur Ermöglichung von Lockerungen der Corona-Maßnahmen wurde wiederholt die gezielte Isolierung von Risikogruppen diskutiert, um dem Rest der Bevölkerung ein ‚normales Leben‘ zu ermöglichen. Anders als momentan diskutiert, umfasst die Risikogruppe weit mehr als nur alte Menschen. Zu ihr gehören auch besonders gefährdete Menschen jeden Alters mit Vorerkrankungen. Hierzu zählen viele Personen mit Behinderungen, die eine Ansteckung mit großer Wahrscheinlichkeit nicht überleben würden. Die Corona-Pandemie bedeutet für sie massive soziale Isolation und eine Fortführung des Behindertwerdens. Gefährdet sind aber auch alle, die keinen oder erschwerten Zugang zu medizinischer Versorgung haben oder auf engem Raum leben müssen wie bspw. Illegalisierte, Wohnungslose, prekär Beschäftigte in Landwirtschaft und Industrie. Auch Menschen, die im Gesundheitssystem nicht privilegiert behandelt werden, gehören dazu, da die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass ihre Leiden von Ärzt*innen weniger ernst genommen werden. Das be-

trifft z.B. Schwarze Menschen (Thompson 2020) und Menschen jenseits der Zweigeschlechternorm (Bundesverband Trans* 2020). Die Risikogruppen zeichnen sich also durch verflochtene Verwundbarkeiten aus, die medial kaum wahrgenommen und transportiert werden. Der Begriff ‚Risikogruppe‘ kaschiert eher komplexe soziale Positionierungen und ist in sich bereits problematisch. Der alltagssprachliche Gebrauch suggeriert, von der Gruppe selbst gehe ein Risiko aus. Die derzeitige Debatte trägt zu dieser Lesart bei, indem die restliche Bevölkerung und die Wirtschaft als opferbringende Einheit konstruiert werden, die ungerechtfertigter Weise unter Social Distancing zu leiden haben. So ist auch auffällig, dass häusliche Gewalt und psychische Belastungen als Risikofaktoren von Social Distancing thematisiert und als Argument für schnelle Lockerungen herangeführt wurden, dies für die Risikogruppen – die oft viel stärker Ängsten und Isolation ausgesetzt sind – jedoch keine Rolle zu spielen scheint. Gerade behinderte, BIPOC und trans* Frauen sind bspw. einem besonders großen Risiko (sexualisierter) Gewalt ausgesetzt, in der öffentlichen Debatte wird dies bislang ausgeblendet.

Ende Juni 2020 sind die Infektionszahlen auf einem niedrigen Stand. Ob dies so bleibt, hängt maßgeblich vom Handeln privilegierter Menschen ab. Die Pandemie zeigt einmal mehr: Für soziale Gerechtigkeit braucht es eine intersektionale feministische politische Praxis in allen gesellschaftlichen Feldern. BIPOC Feminist*innen weisen seit Jahrzehnten auf die Bedeutung von Intersektionalität hin. Feministische Kritik muss auch in der Corona-Pandemie alle Menschen in ihre Analysen mit einbeziehen, insbesondere diejenigen, die besonders marginalisiert sind. Hierbei sollen weder die Herausforderungen realer Belastungen für die Bevölkerung durch die Maßnahmen noch die Tatsache, dass insbesondere Frauen als Verliererinnen aus der Pandemie kommen werden, negiert werden. Ein Ausspielen vulnerabler Positionen gegeneinander darf es nicht geben.

Literatur

Adichie, Chimamanda N., 2009: The Danger of a Single Story. Internet: https://www.ted.com/talks/chimamanda_ngozi_adichie_the_danger_of_a_single_story (7.7.2020).

BVT (Bundesverband Trans*), 2020: Erste Zwischenergebnisse der Trans-Covid-Studie. Internet: <https://www.bundesverband-trans.de/transcovidstudie/> (7.7.2020).

Der Tagesspiegel, 2020: Boris Palmer provoziert in Coronavirus-Krise „Wir retten möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären“. In: Der Tagesspiegel, 28.4.2020. Internet: <https://www.tagesspiegel.de/politik/boris-palmer-provoziert-in-coronavirus-krise-wir-retten-moeglicherweise-menschen-die-in-einem-halben-jahr-sowieso-tot-waeren/25782926.html> (7.7.2020).

Thompson, Vanessa E., 2020: When ‚I Can’t Breathe‘ Becomes Pandemic. Why Black Feminism Matters Now. Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=lkLpLCYF74> (7.7.2020).